

Gemeindefusionen im Kanton Graubünden - eine Zwischenbilanz

(Beitrag in der La Quotidiana - Tribuna Politica vom 22. Juni 2012)

Im Februar 2011 hat sich der Grosse Rat mit der mittel- und langfristigen Strategie in Bezug auf die Gemeindeform beschäftigt. Mittelfristig, d.h. bis im Jahr 2020, ist eine Anzahl Gemeinden zwischen 50 und 100, langfristig unter 50 Gemeinden anzustreben. Im Gegensatz zu den Intentionen der Initiative "starke Gemeinden - starker Kanton" sollen Gemeindezusammenschlüsse nicht von oben herab beschlossen werden (Top-down-Ansatz), sondern von unten herauf unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden (Bottom-up-Ansatz) wachsen. Im Sinne einer Zwischenbilanz möchte ich der Frage nachgehen, ob der von der Politik grossmehrheitlich mitgetragene Ansatz überhaupt zielführend ist.

Seit der Beratung des Berichts und der Botschaft über die Gemeinde- und Gebietsreform sind bis heute 7 Abstimmungen über Gemeindezusammenschlüsse durchgeführt worden. In 5 Projekten resultierten z.T. deutliche Zustimmungsraten, darunter insbesondere in den Talschaftsfusionen Safiental (4 Gemeinden), Lugnez (8 Gemeinden) und Schanfigg (8 Gemeinden). Nicht zustande kam das Projekt Brigels-Waltensburg-Andiast aufgrund des äusserst knappen Neins in Waltensburg. Das Resultat der Fusion Guarda-Lavin-Susch-Zernez lag zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Beitrages noch nicht vor. Nach der Zustimmung im Schanfigg wird ab 2013 sich die Anzahl Gemeinden im Kanton auf 158 (ohne Berücksichtigung der Fusion Zernez) reduzieren. Wenn wir in Betracht ziehen, dass der Kanton im Jahr 2008 noch über 203 Gemeinden zählte, so stellt dies eine beachtliche Leistung dar. Den Gemeinden, ihrer Bevölkerung und deren Behörden zolle ich für diese Leistung hohen Respekt und Anerkennung! Wer schon einmal in einem Fusionsprozess involviert war, weiss um das enorme Engagement und um die Weitsicht, welche es braucht, damit eine Fusion zustande kommt. Die ansehnliche kantonale Fusionsförderung trägt das ihre dazu bei, aber nicht das Allesentscheidende. Die Gemeinden lassen sich nicht kaufen. Und das ist gut so!

Die Regierung ist überzeugt, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist. Sie hat darum kürzlich dem Grossen Rat die Initiative der SP und des Gewerbeverbandes zur Ablehnung empfohlen. Damit schreitet die Regierung auf dem eingeschlagenen Weg weiter, dass Gemeindefusionen nicht von oben diktiert werden sollen. Dass damit auch ablehnende kommunale Entscheidungen hingenommen werden müssen, versteht sich von selbst. Ein solcher Entscheid muss aber nicht für alle Ewigkeit sein!

Ein Wermutstropfen tritt bei dieser Strategie aber zu Tage: Ein Nein einer einzigen Gemeinde kann mehrheitlich andersdenkende Gemeinden majorisieren. Der Fall Lü zeigt aber auf, dass die Bevölkerung durchaus in der Lage ist, einen Entscheid zu Gunsten einer Mehrheit zu korrigieren.

Die Erfahrung lehrt, dass der durchlaufene Fusionsprozess für eine erfolgreiche Umsetzung einer Gemeindefusion unabdingbar ist. Freuen wir uns an den bisher bereits erzielten Erfolgen und den künftig zu erwartenden. Ja, meine Zwischenbilanz fällt positiv aus, mein Dank an die Gemeinden kommt von Herzen!

Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner
Vorsteherin des Departements für Finanzen und Gemeinden